

Beschlüsse des EZB-Rats (ohne Zinsbeschlüsse)

Externe Kommunikation: Am 3. Februar 2016 genehmigten die Präsidenten der nationalen Zentralbanken (NZBen) des Euroraums, die Unterzeichner der Vereinbarung über Netto-Finanzanlagen (Agreement on Net Financial Assets – ANFA), deren vollständige Veröffentlichung. Die Veröffentlichung eines ausführlichen Dokuments mit Fragen und Antworten wurde am 5. Februar 2016 vom EZB-Rat genehmigt. Die Fragen und Antworten zur Erläuterung von Art, Zielen und Details der Vereinbarung sind in 23 Sprachen auf der Website der EZB abrufbar. Die Vereinbarung selbst steht dort ebenfalls zur Verfügung, allerdings nur auf Englisch. Der EZB-Rat beschloss ferner die Veröffentlichung der aggregierten Netto-Finanzanlagen des Eurosystems. Außerdem werden die NZBen ihre jeweiligen Netto-Finanzanlagen jährlich offenlegen (zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Jahresabschlusses).

Finanzstabilität: Am 3. Februar 2016 verabschiedete der EZB-Rat den Beitrag des

Eurosystems zur Sondierung der Europäischen Kommission zum EU-Regulierungsrahmen für Finanzdienstleistungen. Dieser Beitrag wurde anschließend der Europäischen Kommission übermittelt und ist auf der Website der EZB abrufbar.

Zahlungssysteme und Marktinfrastruktur: Am 5. Februar 2016 verabschiedete der EZB-Rat Änderungen des Überwachungsrahmens des Eurosystems für Massenzahlungssysteme. Das aktualisierte Dokument ist auf der Website der EZB abrufbar.

Stellungnahmen zu Rechtsvorschriften: Am 25. Januar 2016 verabschiedete der EZB-Rat eine Stellungnahme der EZB zur Sicherung der Rücklösung von Scheidemünzen durch die Münze Österreich Aktiengesellschaft (CON/2016/4) auf Ersuchen des österreichischen Bundesministeriums für Finanzen. Am 1. Februar 2016 verabschiedete der EZB-Rat eine Stellungnahme der EZB zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen in Zypern (CON/2016/5) auf Ersuchen des zyprischen Finanzministeriums.

Am 3. Februar 2016 verabschiedete der EZB-Rat eine Stellungnahme der EZB zum Einlagensicherungssystem in Slowenien (CON/2016/6) auf Ersuchen des slowenischen Finanzministeriums.

Corporate Governance: Am 3. Februar 2016 beschloss der EZB-Rat, Ivan Šramko für eine Amtszeit von fünf Jahren zu einem der stellvertretenden Mitglieder des administrativen Überprüfungsausschusses zu ernennen. Die Ernennung erfolgte nach Abschluss des Verfahrens gemäß Artikel 4 Absatz 2 des Beschlusses EZB/2014/16 der Europäischen Zentralbank vom 14. April 2014 zur Einrichtung eines administrativen Überprüfungsausschusses und zur

Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen



Verlag und Redaktion:

Verlag Fritz Knapp GmbH
Aschaffener Str. 19, 60599 Frankfurt,
Postfach 70 03 62, 60553 Frankfurt.
Telefon: (0 69) 97 08 33 - 0, Telefax: (0 69) 7 07 84 00
E-Mail: red.zfgk@kreditwesen.de
Internet: www.kreditwesen.de

Herausgeber: Klaus-Friedrich Otto

Chefredaktion: Dr. Berthold Morschhäuser,
Philipp Otto

Redaktion: Horst Bertram (CvD), Swantje Benkelberg,
Barbara Hummel, Frankfurt am Main

Redaktionssekretariat und Layout: Anja Oehrl

Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Bei unverlangt eingesandten Manuskripten ist anzugeben, ob dieser oder ein ähnlicher Beitrag bereits einer anderen Zeitschrift angeboten worden ist. Beiträge werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig.

Manuskripte: Mit der Annahme eines Manuskripts zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Autor das ausschließliche Verlagsrecht sowie das Recht zur Einspeicherung in eine Datenbank und zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken in jedem technisch möglichen Verfahren. Die vollständige Fassung der Redaktionsrichtlinien finden Sie unter www.kreditwesen.de.

Verlags- und Anzeigenleitung: Uwe Cappel

Anzeigenverkauf: Hans-Peter Schmitt,
Tel. (0 69) 97 08 33-43

Anzeigendisposition:

Alexander Schumacher, Tel. (0 69) 97 08 33-26,
sämtl. Frankfurt am Main, Aschaffener Str. 19.

Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 58 vom 1.1.2016 gültig.

Zitierweise: KREDITWESEN

Erscheinungsweise: am 1. und 15. jeden Monats.

Bezugsbedingungen: Abonnementspreise inkl. MwSt. und Versandkosten: jährlich € 582,80, bei Abonnements-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 299,44, 1/4-jährlich € 152,64. Ausland: jährlich € 605,12. Preis des Einzelheftes € 24,00 (zuzügl. Versandkosten).

Verbundabonnement mit der Zeitschrift »bank und markt«: € 884,72, bei Abonnements-Teilzahlung: 1/2-jährlich € 465,02, 1/4-jährlich € 243,59. Ausland: jährlich € 912,08.

Studenten: 50% Ermäßigung (auf Grundpreis).

Der Bezugszeitraum gilt jeweils für ein Jahr. Er verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht einen Monat vor Ablauf dieses Zeitraumes eine schriftliche Abbestellung vorliegt. Bestellungen direkt an den Verlag oder an den Buchhandel.

Probeheftanforderungen bitte unter
Tel.: (0 69) 97 08 33-25.

Bei Nichterscheinen ohne Verschulden des Verlags oder infolge höherer Gewalt entfallen alle Ansprüche.

Bankverbindung: Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale, Frankfurt am Main, IBAN: DE73 5005 0000 0010 5550 01, BIC: HELADEF3

Druck: Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG, Sontraer Straße 6,
60386 Frankfurt am Main.

ISSN 0341-4019



Festlegung der Vorschriften für seine Arbeitsweise. Der administrative Prüfungsausschuss führt auf Antrag jeder natürlichen oder juristischen Person, die unmittelbar von einem Beschluss der EZB betroffen ist, eine interne administrative Überprüfung der jeweiligen Beschlüsse durch, um zu gewährleisten, dass sie im Einklang mit allen maßgeblichen Regelungen und Verfahren stehen.

Am 17. Februar 2016 erfolgte die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses der EZB für das Geschäftsjahr 2015 durch den EZB-Rat. Der Jahresabschluss und eine entsprechende Pressemitteilung wurden am 18. Februar 2016 auf der Website der EZB veröffentlicht. Der zugehörige Managementbericht für das Jahr 2015 wurde zusammen mit dem Jahresabschluss der EZB veröffentlicht.

Bankenaufsicht: Am 11. Februar 2016 billigte der EZB-Rat die Einleitung einer öffentlichen Konsultation zur Prüfung der Anerkennung von institutsbezogenen Sicherungssystemen (Institutional Protection Schemes – IPS). Die Konsultationsphase beginnt am 19. Februar 2016 und endet am 15. April 2016. Der Entwurf eines Leitfadens der EZB zum Ansatz bei der Anerkennung von IPS ist auf der Website der EZB abrufbar. Eine entsprechende Pressemitteilung wurde zusammen mit diesbezüglichen Unterlagen auf der Website der EZB veröffentlicht. Am 12. Februar 2016 genehmigte der EZB-Rat die Veröffentlichung der Präsentation zur SREP-Methodik des SSM (SSM SREP Methodology Booklet). Die Präsentation ist auf der Website der EZB abrufbar.

EZB-Jahresabschluss 2015

Der geprüfte Jahresabschluss 2015 der Europäischen Zentralbank ist Mitte Februar 2015 vom EZB-Rat festgestellt worden. Der Jahresüberschuss belief sich demnach im Jahr 2015 auf 1,082 Milliarden Euro (2014: 989 Millionen Euro). Dieser Anstieg wird unter anderem auf höhere realisierte Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren im Berichtsjahr zurückgeführt. Darüber hinaus deckte die EZB 2015 die im gesamten Jahr anfallenden Kosten für Aufsichtsaufgaben aus Gebühren, während 2014 nur die

im November und Dezember angefallenen Ausgaben aus Gebühren gedeckt wurden. Gemäß einem Beschluss des EZB-Rats wurde Ende Januar 2016 eine Gewinnvorauszahlung in Höhe von 812 Millionen Euro an die nationalen Zentralbanken (NZBen) des Euroraums geleistet bevor dann der EZB-Rat beschloss, den verbleibenden Gewinn in Höhe von 270 Millionen Euro am 19. Februar 2016 an die NZBen des Euroraums auszuschütten. Die Erträge der EZB resultieren in erster Linie aus der Anlage ihrer Währungsreserven und aus dem Eigenmittelportfolio der EZB, aus den Zinserträgen des Anteils der EZB von 8 Prozent am gesamten Euro-Banknotenumlauf sowie, in den letzten Jahren, aus Nettozinserträgen aus zu geldpolitischen Zwecken erworbenen Wertpapieren.

Das Nettozinsergebnis belief sich 2015 auf 1,475 (1,536) Milliarden Euro. Es beinhaltete Zinserträge in Höhe von 42 (126) Millionen Euro aus dem Anteil der EZB am gesamten Euro-Banknotenumlauf und Nettozinserträge in Höhe von 609 (728) Millionen Euro aus im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (SMP) erworbenen Wertpapieren, wobei 224 (298) Millionen Euro davon aus im SMP-Portfolio der EZB gehaltenen griechischen Staatsanleihen resultierten. Ebenfalls in diesem Betrag enthalten waren Nettozinserträge in Höhe von 120 (173) Millionen Euro aus im Rahmen der ersten beiden Programme zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP1 und 2) erworbenen Wertpapieren und in Höhe von 161 (2) Millionen Euro aus im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) erworbenen Wertpapieren. Im Zusammenhang mit den Forderungen der NZBen, die sich aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB ergeben, leistete die EZB Zinszahlungen in Höhe von 18 (57) Millionen Euro an die NZBen; die Zinserträge der EZB aus Währungsreserven beliefen sich auf 283 (217) Millionen Euro.

Die realisierten Gewinne aus Finanzgeschäften betragen 214 (57) Millionen Euro. Die Abschreibungen beliefen sich 2015 auf 64 (8) Millionen Euro. Der im Jahresvergleich höhere Betrag war in erster Linie auf den insgesamt gesunkenen Marktwert der im US-Dollar-Portfolio gehaltenen Wertpapiere zurückzuführen.

Die Verwaltungsaufwendungen der EZB setzen sich aus Personalaufwendungen so-

wie allen sonstigen Verwaltungsaufwendungen zusammen. Mit Übernahme der Aufsichtsaufgaben durch die EZB hat sich die Zahl der Beschäftigten nach und nach erhöht, sodass die Personalaufwendungen 2015 auf 441 (301) Millionen Euro stiegen. Die sonstigen Verwaltungsaufwendungen, die sich aus Abschreibungen, Gebäudemieten, Honoraren sowie Aufwendungen für sonstige Waren und Dienstleistungen zusammensetzen, beliefen sich 2015 auf 423 (376) Millionen Euro. Der Anstieg bei diesen Aufwendungen ist hauptsächlich auf den Beginn der Abschreibung des EZB-Neubaus zurückzuführen.

Die Aufwendungen der EZB im Zusammenhang mit ihren Aufsichtsaufgaben wurden aus Gebühren gedeckt, die für das Gesamtjahr 2015 von den beaufsichtigten Unternehmen erhoben wurden. Demgegenüber wurden für das Jahr 2014 nur die in den letzten beiden Monaten des Jahres angefallenen Ausgaben gedeckt. Dadurch erhöhten sich die Nettoerträge/-aufwendungen aus Gebühren und Provisionen. Die Aufsichtsgebühren für den Einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism – SSM) beliefen sich im Jahr 2015 auf 277 (November/Dezember 2014: 30) Millionen Euro.

Der Gesamtumfang der EZB-Bilanz wuchs 2015 um 72 Milliarden Euro auf 257 (185) Milliarden Euro. Dieser Anstieg wird hauptsächlich auf den Erwerb von Wertpapieren im Rahmen des APP, auf die Aufwertung der von der EZB gehaltenen Währungsreserven und auf die Erhöhung des Banknotenumlaufs zurückgeführt. Zum Jahresende 2015 belief sich die konsolidierte Bilanz des Eurosystems*) auf 2 781 (2 208) Milliarden Euro zum Ende des Vorjahrs. Grund für diesen Anstieg war in erster Linie der fortgesetzte Erwerb von Wertpapieren im Rahmen des APP.

Die Bestände des Eurosystems an zu geldpolitischen Zwecken gehaltenen Wertpapieren erhöhten sich um 586 Milliarden Euro auf 803 (217) Milliarden Euro. Die Bestände an im Rahmen des SMP gehaltenen Wertpapieren sanken aufgrund von Tilgungen um 21 Milliarden Euro. Dieser Rückgang wurde durch den Erwerb von Wertpapieren im Rahmen des APP mehr als ausgeglichen. Der Bestand der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere belief sich am 31. Dezember 2015 auf 650 (31) Milliarden Euro.

*) Die konsolidierte Bilanz des Eurosystems basiert auf vorläufigen, nicht geprüften Zahlen. Alle NZBen werden ihren Jahresabschluss bis Ende Mai 2016 abschließen. Danach wird die endgültige konsolidierte Jahresbilanz des Eurosystems veröffentlicht.

Bundesbankbilanz 2015

Die Deutsche Bundesbank hat im Geschäftsjahr 2015 einen Überschuss von 3,2 (3,0) Milliarden Euro erzielt. Der Gewinn wurde Ende Februar 2016 gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz in voller Höhe an den Bund überwiesen. Hinsichtlich des Gewinnanstiegs wird auf eine Zunahme beim Nettoergebnis aus Finanzoperationen, Abschreibungen und Risikovorsorge verwiesen, denen ein niedrigerer Nettozinsertrag gegenübergestanden habe. Mit Blick auf die Risikovorsorge verweist die Bundesbank auf eine vorsichtige Verringerung um 0,8 Milliarden Euro auf 13,6 Milliarden Euro.

Traditionell resultieren Risiken in der Bundesbankbilanz primär aus der Verwaltung der Währungsreserven. Von 2010 bis 2012 sind jedoch substantielle Risiken bei den SMP-Beständen, den Refinanzierungsaktiva und den Euro-Wertpapierportfolios (CBPP/CBPP2- und Eigenportfolio) hinzugekommen. Deshalb war die Risikovorsorge bis 2012 in drei Schritten auf insgesamt 14,4 Milliarden Euro erhöht worden. Mittlerweile haben sich die Bestände an Refinanzierungskrediten und SMP-Wertpapieren, die im Fokus der Risikovorsorge standen, verringert und damit sind aus Sicht der Notenbank auch die Risiken zurückgegangen.

Maßgeblich für den Bundesbankgewinn 2015 waren die Zinserträge in Höhe von 3,3 (4,0) Milliarden Euro, von denen 2,9 (3,8) Milliarden Euro auf Zinserträge in Euro entfielen. Dem standen Zinsaufwendungen von 1,0 (0,9) Milliarden Euro gegenüber, sodass sich ein Nettozinsertrag von 2,3 (3,1) Milliarden Euro ergab. Dies ist angesichts im Jahresdurchschnitt nochmals herabgesetzter EZB-Leitzinsen der niedrigste Nettozinsertrag seit Beginn der Währungsunion. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den fälligkeitsbedingten Rückgang von Wertpapieren in den geldpolitischen Portfolios aus den abgeschlossenen Ankaufprogrammen SMP und CBPP/CBPP2.

Die Bilanzsumme der Bundesbank belief sich zum 31. Dezember 2015 auf 1 012,0 (770,8) Milliarden Euro. Sie ist aus Sicht

der Bundesbank geprägt von geldpolitischen Aktivitäten, die vor allem im Zusammenhang mit der Finanz- und Staatsschuldenkrise stehen. Dabei ist die Bilanzsumme kräftig gestiegen und hat nach 2012 abermals 1 Billion Euro überschritten.

Auf der Aktivseite entfiel der überwiegende Teil der Bilanzausweitung auf die Liquiditätszuflüsse aus dem europäischen Ausland, die sich in einer Zunahme der Target-2-Forderung gegenüber der EZB um 123,4 Milliarden Euro auf 584,2 Milliarden Euro zum Jahresende 2015 niedergeschlagen haben. Als zweiter wichtiger Grund wird der Anstieg des Bestands der Wertpapiere für geldpolitische Zwecke um 122,1 Milliarden Euro auf 172,3 Milliarden Euro genannt. Allein aus dem erst im März 2015 begonnenen Ankauf deutscher Staatsanleihen im Rahmen des PSPP-Programms ergibt sich zum aktuellen Jahresabschluss ein Bestand von 104,2 Milliarden Euro.

Durch Käufe im Rahmen des im Oktober 2014 aufgenommenen CBPP3-Programms hat sich zudem der Bestand von gedeckten Schuldverschreibungen per saldo um 23,8 Milliarden Euro auf insgesamt 40,4 Milliarden Euro erhöht.

Die durch die Ankaufprogramme geschaffene und aus dem Ausland zugeflossene Liquidität hat sich auf der Passivseite der Bilanz in einer deutlichen Zunahme der Einlagen von Kreditinstituten bei der Bundesbank um 118,5 Milliarden Euro auf 208,7 Milliarden Euro niedergeschlagen. Auch die Euro-Guthaben anderer in- und ausländischer Einleger verzeichneten im Berichtsjahr eine deutliche Zunahme, und zwar um 76,9 Milliarden Euro auf 99,1 Milliarden Euro.

Positionen in der Bilanz der Deutschen Bundesbank, die Marktpreisschwankungen unterliegen wie beispielsweise Gold und Devisenbestände, werden grundsätzlich zu Marktpreisen bewertet. Die dabei anfallenden Bewertungsgewinne sind nicht erfolgswirksam, sondern werden in einem passivischen „Ausgleichsposten aus Neubewertung“ ausgewiesen. Dieser beläuft sich zum Jahresende auf 105,7 (104,5) Milliarden Euro. Durch Wechselkurseffekte ergeben sich bei den Fremdwährungen um 3,1 Milliarden Euro höhere Bewertungsgewinne, während sich beim Gold die Neubewertungsreserve um 1,7 Milliarden Euro auf 97,8 Milliarden Euro verringert.